

BVR Research

Volkswirtschaft **Kompakt**

Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte, Konjunktur

Wie sich Deutschlands Branchenlandkarte bis zum Jahr 2035 verschiebt

Executive Summary

Deutschland steht vor einem tiefgreifenden wirtschaftlichen Wandel, der Regionen und Branchen sehr unterschiedlich trifft. Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie und die zunehmende Deglobalisierung verändern die Wirtschaftsstrukturen in Städten wie ländlichen Räumen grundlegend.

Eine Analyse des IW Consult für den BVR zeigt, dass die Beschäftigung bis 2035 in Deutschland stagnieren wird. Allerdings verändern sich Regionen unterschiedlich und auch die jeweiligen Branchen und ihre Beschäftigungsanteile an der Gesamtwirtschaft divergieren deutlich. Während die Industrie deutschlandweit Beschäftigungsanteile verliert – besonders durch technologische Umbrüche und globalen Wettbewerbsdruck – werden soziale Dienstleistungen u. a. aufgrund der demografischen Alterung an Gewicht gewinnen. Auch die Branchen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie

wissenschaftliche und wirtschaftsnahe Dienstleistungen werden ihre Beschäftigungsanteile steigern. Die fortschreitende Digitalisierung erhöht in beiden Branchen die Nachfrage nach spezialisierter Expertise deutlich. Die Analyse stellt dabei die jeweilige Entwicklung der Branchen kreisscharf für die 400 Landkreise dar.

Damit Unternehmen aller Branchen die Transformation erfolgreich bewältigen können, braucht es verlässliche politische Rahmenbedingungen. Zentral ist eine ausreichend große und qualifizierte Fachkräftebasis. Ebenso notwendig sind schnellere und planbare Genehmigungsprozesse, bezahlbare Energie sowie eine moderne digitale Infrastruktur, damit Betriebe investieren, Innovationen vorantreiben und strukturellen Wandel gestalten können.



Inhalt

Wie sich Deutschlands Branchenlandkarte bis zum Jahr 2035 verschiebt 2
Dr. Marion Eberlein

BVR Inflationsindikator 9
Dr. Thomas Haas

BVR Konjunkturbarometer 10
Dr. Gerit Vogt

Wie sich Deutschlands Branchenlandkarte bis zum Jahr 2035 verschiebt

Deutschland steht vor einem tiefgreifenden wirtschaftlichen Wandel, der Regionen und Branchen bis 2035 sehr unterschiedlich betrifft. Technologische Entwicklungen, der demografische Wandel und die klimabezogene Transformation verändern die Wirtschaftsstrukturen – in Großstädten ebenso wie in ländlichen Räumen.

Die vier Megatrends Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie und Deglobalisierung prägen diese Veränderungen maßgeblich. Sie wirken jeweils auf unterschiedliche Weise, führen aber gemeinsam zu spürbaren strukturellen Verschiebungen:

Die *Digitalisierung* verändert Geschäftsmodelle grundlegend, erhöht die Automatisierung und ermöglicht neue datengetriebene Formen der Wertschöpfung. Regionen mit gut ausgebauter digitaler Infrastruktur können diese Entwicklungen schneller nutzen und damit neue Branchen und Investitionen anziehen. Standorte mit geringer digitaler Konnektivität geraten zunehmend unter Wettbewerbsdruck. Insgesamt verstärkt die Digitalisierung bestehende regionale Unterschiede, schafft aber gleichzeitig Chancen für strukturschwächere Räume – sofern sie in Infrastruktur und technologische Adaptionsfähigkeit investieren.

Die *Dekarbonisierung* löst einen tiefgreifenden Strukturwandel aus, dessen regionale Auswirkungen stark variieren. Der Übergang zu klimaneutralen Produktionsprozessen verändert bestehende Wertschöpfungsketten, schafft jedoch zugleich neue Märkte rund um erneuerbare Energien, Speichertechnologien und Effizienzlösungen. Regionen mit einer ausgeprägten Industrie, Energie- oder Rohstoffbasis stehen vor umfassenden Transformationsaufgaben, während Standorte mit guten Voraussetzungen für Wind- und Solarenergie oder grünen Wasserstoff deutliche Wachstumschancen erhalten.

Der *demografische Wandel* trifft Regionen unterschiedlich stark und prägt ihre wirtschaftlichen Perspektiven unmittelbar (vgl. [BVR Volkswirtschaft Kompakt "Landkreise im Wandel", Ausgabe 13/2025](#)). Neben der Alterung der Bevölkerung zählt vor allem das „demografische Bewältigungspotenzial“ für die regionale Entwicklung – also die Fähigkeit einer Region, trotz weniger Erwerbspersonen wirtschaftlich leistungsfähig zu bleiben. Regionen mit guter Bildungsinfrastruktur, hoher Erwerbsbeteiligung und einem ausreichenden Fachkräftepool – insbesondere unter Gruppen mit noch ungenutztem Potenzial wie Frauen, Älteren oder ausländischen Fachkräften – können dem demografischen

Druck besser standhalten. Wo diese Voraussetzungen fehlen, geraten Branchen stärker unter Anpassungs- und Transformationsdruck. Da der Fachkräftebedarf je nach Branche variiert, wirken sich demografische Veränderungen regional sehr unterschiedlich auf die Wirtschaftsstruktur aus und beeinflussen, welche Branchen künftig wachsen oder an Bedeutung verlieren.

Die zunehmende *Deglobalisierung* – sichtbar in geopolitischen Spannungen, in Rückverlagerungsstrategien von Unternehmen und in einer stärkeren Regionalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten – verändert die internationale Arbeitsteilung spürbar. Produktionskapazitäten werden häufiger diversifiziert oder zurückverlagert, um Abhängigkeiten zum Ausland zu reduzieren und Risiken besser zu steuern. Davon profitieren Regionen mit ausgeprägter Industriekompetenz, leistungsfähiger Infrastruktur oder guter Anbindung an europäische Absatzmärkte. Gleichzeitig geraten stark exportorientierte Regionen stärker unter Druck, wenn globale Nachfrage schwankt oder Marktanteile verloren gehen. Deglobalisierung eröffnet damit neue Chancen für lokale Wertschöpfung, führt aber ebenso zu Verschiebungen in Branchenschwerpunkten, Abhängigkeiten und regionalen Spezialisierungen.

Um die künftige Branchenentwicklung einzuschätzen, hat der BVR das IW Consult mit einer Studie „Deutschland 2035 – Entwicklungspfade für Deutschlands Regionen“ beauftragt, die ebenfalls die demografische Entwicklung und die Immobilienpreisentwicklung prognostiziert hat. Im Zentrum steht in diesem Beitrag die Frage, wie sich die heutigen Wirtschaftsstrukturen bis 2035 verändern und welche neuen Schwerpunkte entstehen. Die Entwicklungstrends der Branchen in den Regionen werden anhand der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (SvB) modelliert. Dabei werden regionale Ausgangsbedingungen, sektorale Spezialisierungen und die vier Megatrends als zentrale Einflussfaktoren berücksichtigt. Prognosen der regionalen Branchenentwicklung sind jedoch mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Politische Entscheidungen der kommenden zehn Jahre können die Entwicklung stark verändern. Die Ergebnisse sind als annahmebasierte Szenarien zu verstehen, nicht als präzise Vorhersage.

Methodik

Die amtliche Statistik unterteilt die Wirtschaft in 19 Wirtschaftszweige, für die Daten auf regionaler Ebene für alle 400 Kreise veröffentlicht werden. Diese Branchen sind der Ausgangspunkt für die Szenarien des IW Consult zur regionalen Entwicklung bis 2035. Die Studie berechnet mögliche Entwicklungspfade für diese Branchen in Abhängigkeit von regionalen Ausgangsbedingungen, sektoralen Spezialisierungen und den vier D-Megatrends Digitalisierung, Demografie, Dekarbonisierung und Deglobalisierung. Der Einfluss der Megatrends auf den Strukturwandel in der Vergangenheit (2008–2024) wird statistisch modelliert und daraus die weitere Entwicklung abgeleitet. Dabei werden die Megatrends linear fortgeschrieben. Die Entwicklungstrends der Branchen in den Regionen werden anhand der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung modelliert.

Für die Szenarien wurde ein zweistufiges Verfahren angewandt. Im ersten Schritt wurde auf Ebene der 400 Kreise und kreisfreien Städte die Gesamtbeschäftigung modelliert und prognostiziert. Im zweiten Schritt wurde die Branchenkomposition (Branchenanteile) in Regionen modelliert und prognostiziert. Aus der Kombination ergibt sich eine Prognose für die Anzahl der Beschäftigten (SvB) in jeder Branche.

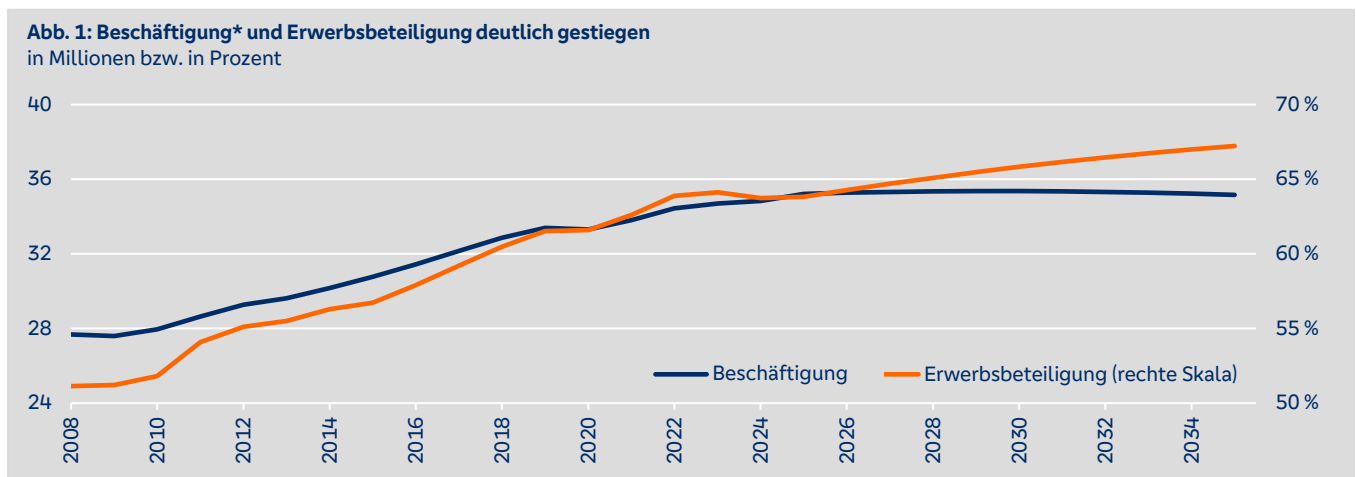
2035 insgesamt stagnieren wird. Ausschlaggebend dafür ist u.a. die demografische Kehrtwende. In der Vergangenheit wuchs die Beschäftigung stärker als die Zahl der Menschen im Erwerbsalter, weil die Erwerbsbeteiligung kontinuierlich zunahm – sowohl insgesamt als auch speziell bei Frauen, Älteren und Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Zudem gewann Teilzeitbeschäftigung an Bedeutung, was bei gleichbleibender Erwerbspersonenzahl zu einem Beschäftigungsanstieg führte. Mit der demografischen Kehrtwende sinkt die Erwerbsbevölkerung in den nächsten Jahren, das führt dann – zusammen mit einer zwar immer noch steigenden, aber weniger dynamisch zunehmenden, Erwerbsbeteiligung – zu einer insgesamt stagnierenden Beschäftigtenentwicklung (vgl. Abb. 1). Insbesondere in den Gruppen der Frauen, Älteren und Ausländern besteht weiterhin ungenutztes Potenzial, das künftig entscheidend dafür sein wird, wie stark der Erwerbspersonenrückgang abgefedert werden kann.

Dieses Bild darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die SvB-Entwicklungen in Deutschlands Regionen sehr unterschiedlich verlaufen.

In mehreren Regionen Deutschlands nimmt die SvB bis 2035 zu – besonders im Süden, in Berlin und teilweise seinem Umland, in Schleswig-Holstein sowie in großen Teilen der Weser-Ems-Region (vgl. Abb. 2). In einigen Landkreisen steigt die Beschäftigung sogar um rund 10 %. Diese Räume profitieren von einer günstigen Mischung aus stabilem Bevölkerungsverlauf, guter wirtschaftlicher Ausgangslage und hoher Attraktivität für qualifizierte Arbeitskräfte. Mit sinkender SvB müssen insbesondere rechnen Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und große Teile von Rheinland-Pfalz. In einigen Landkreisen sinkt die SvB sogar um über 15 % bis zum Jahr 2035. Diese in der Regel strukturschwachen Regionen haben vor allem mit den Herausforderungen einer Überalterung zu kämpfen.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird bis 2035 stagnieren – Unterschiede in Regionen

Die Analyse des IW Consult zeigt, dass die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (SvB) bis



*Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
Quelle: Branchenprognose des IW Consult (2025), im Auftrag des BVR

Unterschiede in den Branchen deutlich

Nicht nur die Entwicklung in den Regionen unterscheidet sich, sondern auch in einzelnen Branchen. Es gibt sowohl Verlierer mit abnehmender SvB als auch Gewinner mit einem SvB-Zuwachs. Abbildung 3 (S. 5) verdeutlicht dies anhand der zeitlichen Entwicklung der Beschäftigungsanteile einer Branche an der Gesamtbeschäftigung.

Besonders deutlich zeigen sich die Effekte in der Industrie: Sowohl der Beschäftigungsanteil der Industrie an der Gesamtbeschäftigung als auch die Zahl der Industriebeschäftigten an sich gehen zurück. Der industrielle Wandel – ausgelöst durch Dekarbonisierung, Digitalisierung und globalen Wettbewerbsdruck – trifft dabei auch zentrale Industriezweige wie die Metall- und Elektroindustrie.

Auch in der Landwirtschaft setzt sich der seit Jahren beobachtete Beschäftigungsrückgang fort. Die Gründe sind vielfältig und reichen vom technologischen Fortschritt, über den Strukturwandel im ländlichen Raum bis hin zu steigenden Anforderungen durch Klima- und Umweltpolitik.

Die Bedeutung des Handels – gemessen am Anteil an der Gesamtbeschäftigung – wird ebenfalls abnehmen, da sich Geschäftsmodelle verändern und digitale Lösungen an Bedeutung gewinnen (z. B. Online-Handel, Automatisierung).

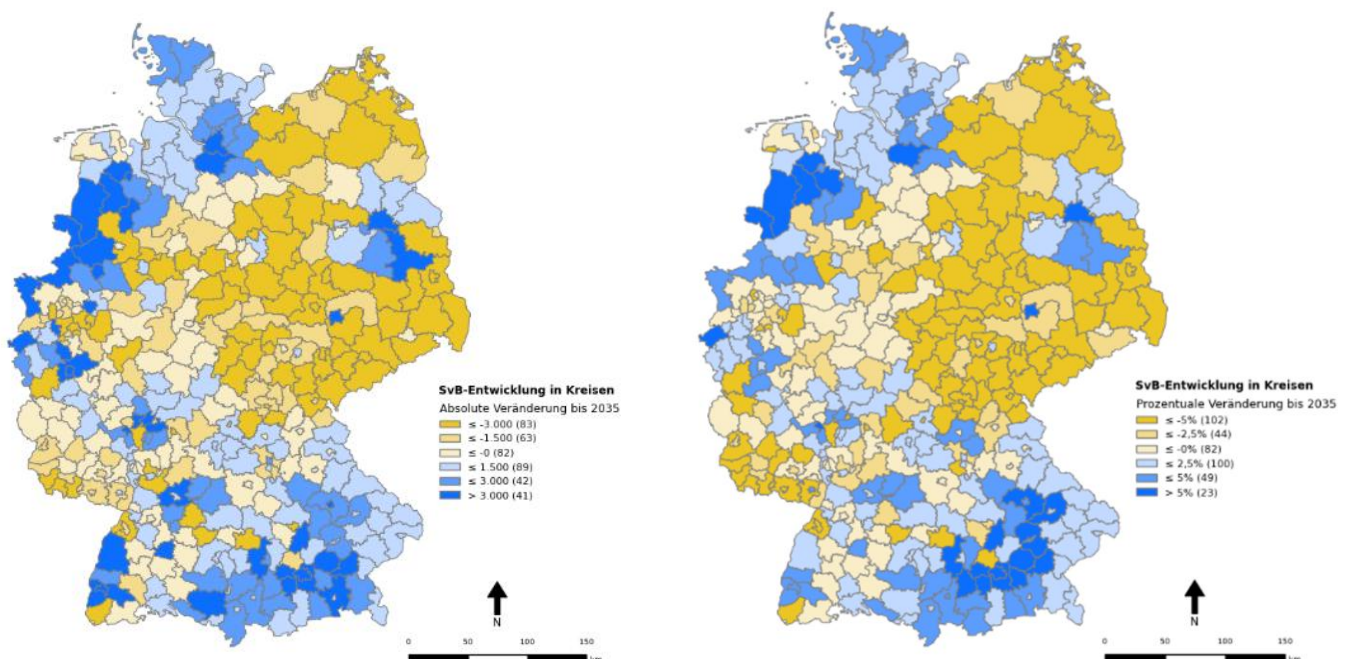
Im Gegensatz dazu wachsen viele der beschäftigungsstarken Bereiche der übrigen gesellschaftsnahen und der wirtschaftsnahen Dienstleistungen. Dabei sorgt der demografische Wandel und die Alterung der Gesellschaft für eine zunehmende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen sowie nach Altenheimen und Pflege.

Treiber für den Zuwachs wirtschaftsnaher Dienstleistungen ist unter anderem der Strukturwandel in der Industrie hin zur stärkeren Bedeutung produktionsbegleitender Dienstleistungen. Ein Beispiel hierfür sind Maschinenbaubetriebe, die Wartungs- und Softwarelösungen an externe Dienstleister auslagern. Darüber hinaus geben auch veränderte Lebensstile in Kombination mit höheren Einkommen einigen wirtschaftsnahen Dienstleistern Impulse, wie der Verkehrs- und Logistikbranche.

Mit der zunehmenden Digitalisierung und dem allgemeinen Wandel zur Wissensgesellschaft kommt auch der Forschungs- und Entwicklung und dadurch dem Wirtschaftszweig „wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ immer größere Bedeutung zu. Stärkere Wissens- und Beratungsdienstleistungen erfordern auch die höheren Anforderungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, die ebenfalls dem Bereich der „wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ zugeordnet werden.

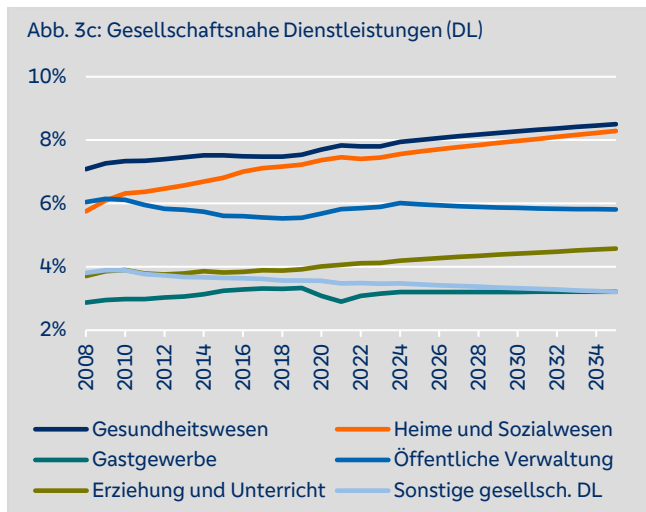
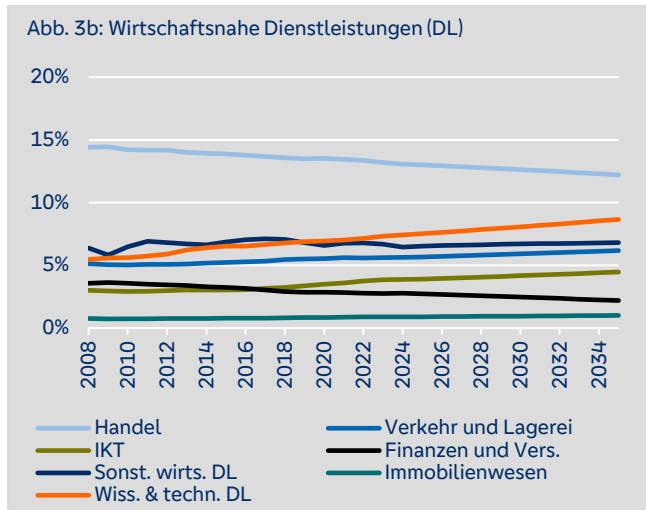
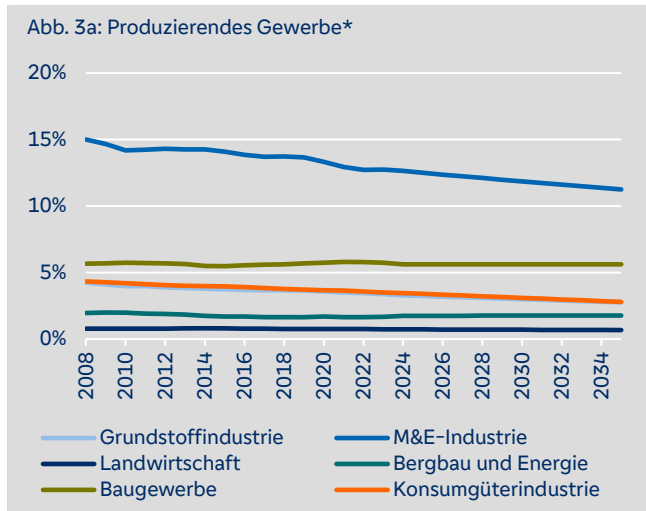
Insgesamt verschiebt sich damit die Branchenstruktur weiterhin weg von rein produktionsseitigen und hin zu dienstleistungsorientierten Tätigkeiten.

Abb. 2: Regionale Differenzen bei der Beschäftigtenentwicklung – insbesondere strukturschwache Regionen in Ost- und Mitteldeutschland verlieren



Wie sich Deutschlands Branchenlandkarte bis zum Jahr 2035 verschiebt

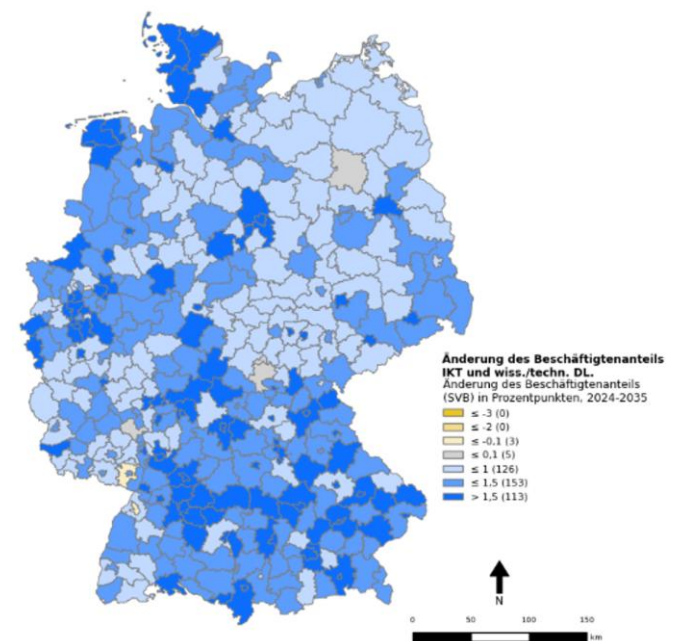
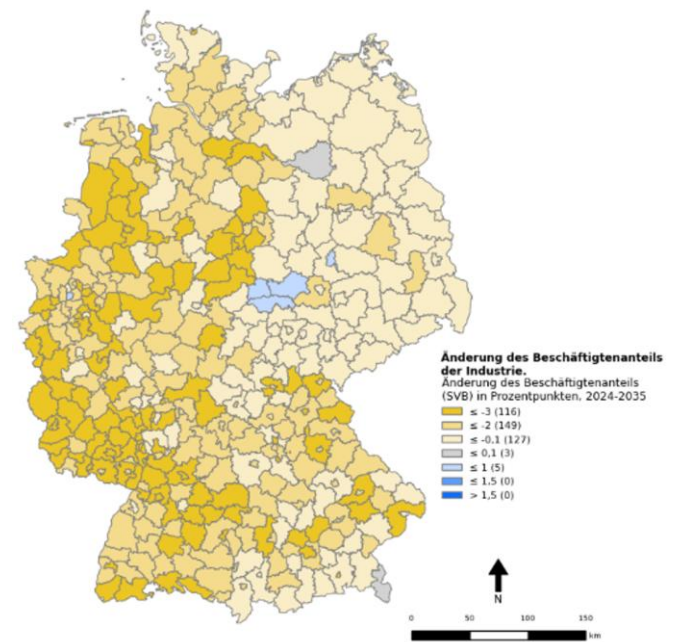
Abb. 3a-c: Industrie rückläufig, technische Dienstleistungen und Sozialsektor wachsen



*im weiteren Sinn
Quelle: Branchenprognose des IW Consult (2025), im Auftrag des BVR

Abb. 4: Strukturwandel zugunsten von Informations- und Kommunikationstechnologien

Änderung der Beschäftigungsanteile der SvB, 2024-2035



Quelle: Branchenprognose des IW Consult (2025), im Auftrag des BVR

Gleichzeitig gehen die Industrieanteile fast flächendeckend zurück, am deutlichsten jedoch in westdeutschen Regionen und Teilen Süddeutschlands. Besonders stark betroffen sind dabei das Saarland, große Teile von Rheinland Pfalz sowie mehrere Regionen in Niedersachsen – Gebiete, in denen die industrielle Basis traditionell einen überdurchschnittlich hohen Stellenwert hat. Dort wirken die aktuellen Transformationskräfte – Dekarboni-

sierung, Modernisierung industrieller Prozesse, steigende Energiepreise und zunehmender internationaler Wettbewerbsdruck – besonders intensiv. Die Unternehmen stehen vor tiefgreifenden strukturellen Anpassungen, was zu einem überdurchschnittlich starken Rückgang der SvB führt. In Regionen mit ohnehin geringerem Industrieanteil fällt der Beschäftigungsrückgang dagegen deutlich moderater aus.

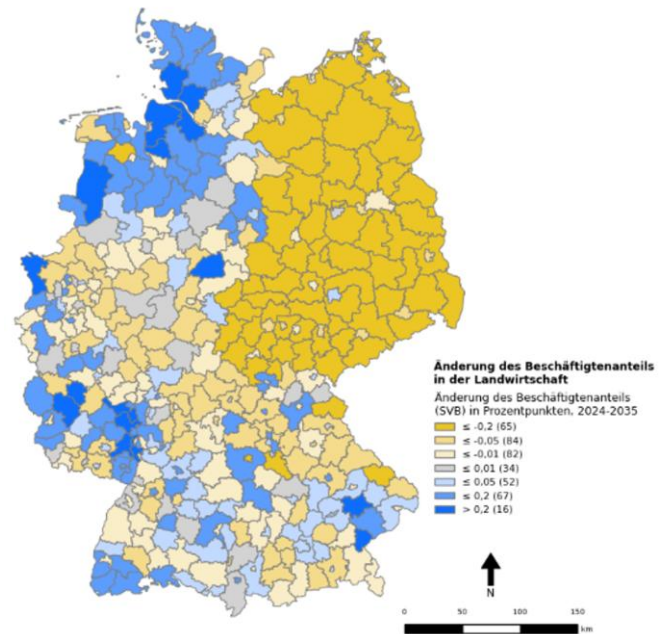
Im Gegensatz zu vielen industriellen Branchen gewinnen sowohl die Berufe in den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als auch die wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen in fast allen Regionen an Bedeutung. Die IKT Branche umfasst digitale Tätigkeiten wie Softwareentwicklung, Datenanalyse, IT Beratung oder Cloud und Rechenzentrumsdienste. Wissenschaftliche und technische Dienstleistungen beinhalten wissensintensive Tätigkeiten wie Unternehmens-, Rechts- und Steuerberatung, Ingenieurdienstleistungen sowie Forschung und Entwicklung. Die fortschreitende Digitalisierung steigert in beiden Bereichen die Nachfrage nach spezialisierter Expertise deutlich, sodass der Bedarf an Fachkräften in IT und wissensintensiven Tätigkeiten weiter zunimmt.

In der Landwirtschaft zeigt sich ein deutlich regional differenziertes Bild: In Ostdeutschland – insbesondere in Thüringen und Brandenburg – setzt sich der strukturelle Rückgang der SvB fort (vgl. Abb. 5). Technischer Fortschritt, ein hoher Mechanisierungsgrad und größere Betriebsstrukturen reduzieren dort den Arbeitskräftebedarf. Dadurch konzentriert sich der Agrarsektor zunehmend auf wenige, kapitalkräftige Unternehmen, die Skaleneffekte nutzen und mit weniger Personal auskommen. Gleichzeitig entscheiden sich immer weniger junge Menschen für die Übernahme elterlicher Betriebe – unter anderem wegen alternativer Berufsperspektiven, besserer Arbeitszeiten und geringerer körperlicher Belastung in anderen Branchen.

Zu beachten ist dabei, dass die Studie nur die SvB erfasst. Gerade in der Landwirtschaft spielt Selbstständigkeit aber traditionell eine sehr große Rolle. Der Rückgang der selbstständigen Erwerbstätigkeit im Agrarsektor ist historisch sogar stärker ausgeprägt als der Rückgang der SvB-Beschäftigung, sodass der tatsächliche Beschäftigungstrend insgesamt noch negativer ausfallen dürfte.

Ein anderes Bild bei der Landwirtschaft zeigt sich hingegen im Nordwesten sowie in einigen Regionen von Rheinland Pfalz: Dort stabilisieren sich die Beschäftigungsanteile oder steigen sogar leicht. In Rheinland Pfalz könnte insbesondere die Spezialisierung auf Obst- und Gemüseanbau zur positiven Entwicklung beitragen. Dieser Produktionszweig verzeichnete zuletzt eine günstigere wirtschaftliche Entwicklung als beispielsweise der stark mechanisierte Ackerbau in vielen Regionen Ostdeutsch-

Abb. 5: Landwirtschaft gewinnt im Nordwesten, verliert im Osten



Quelle: Branchenprognose des IW Consult (2025), im Auftrag des BVR

lands. Nichtsdestotrotz hat die Landwirtschaft auch im Osten hohe Wertschöpfungsanteile.

Im Norden bestehen leistungsfähige, regional verankerte Wertschöpfungsketten: von der Tierhaltung über Veredelungsbetriebe und Molkereien bis hin zur Lebensmittelverarbeitung. Diese eng verzahnten Strukturen sichern Arbeitsplätze entlang der gesamten Produktionskette auch bis 2035, schaffen stabile Absatzwege und machen die Region insgesamt widerstandsfähig gegenüber wirtschaftlichen Schwankungen.

Regionale Förderung stärken: Die modernisierte GRW strategisch für die Transformation nutzen

Die Neuaufstellung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die zum 1. Januar 2026 in Kraft getreten ist, markiert eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen Regionalpolitik. Besonders wichtig ist, dass die Förderzugänge vereinfacht wurden: Statt kleinteiliger Branchenprüfungen sind Unternehmen grundsätzlich förderfähig, sofern sie nicht unter bestimmte Ausschlussregelungen fallen. Zudem wurden die Anforderungen für kleine und mittlere Unternehmen gesenkt, und in Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang können neu geschaffene Ausbildungsplätze künftig wie zwei Dauerarbeitsplätze angerechnet werden. Neu ist außerdem, dass erstmals Investitionen gefördert werden können, die zwar nicht unmittelbar zusätzliche Beschäftigung schaffen, aber die Arbeitsproduktivität um mindestens zehn Prozent bei mindestens gleichbleibender Beschäftigung oder

gleichbleibender Gesamtbruttolohnsumme steigern. Künftig werden auch Investitionen in Transformations- und Netto-Null-Technologien stärker unterstützt. Auch die Fördermöglichkeiten für Innovationscluster werden verbessert.

Der modernisierte Rahmen ermöglicht es, regional unterschiedliche Ausgangsbedingungen besser zu berücksichtigen und Investitionen gezielter anzustoßen – entscheidend wird jedoch sein, ob diese Potenziale in der praktischen Mittelvergabe konsequent ausgeschöpft werden. Gleichzeitig bleibt die zentrale Aufgabe bestehen, die Förderung in der Praxis an regionalen Stärken auszurichten und Projekte auszuwählen, die die langfristige Wettbewerbsfähigkeit einer Region sichern.

Trotz dieser wichtigen Fortschritte bleibt ein wesentlicher Punkt ungelöst: Der finanzielle Bedarf für Transformation, Energie und Digitalinfrastruktur sowie Flächenentwicklung wächst deutlich schneller als die verfügbaren GRW Mittel. Damit die neuen Möglichkeiten tatsächlich Wirkung entfalten können, braucht es eine maßvolle, aber spürbare Erhöhung der Budgets. Ebenso notwendig ist eine klarere strategische Schwerpunktsetzung. Öffentliche Gelder sollten verstärkt dorthin fließen, wo sie regionale Spezialisierungen stärken, Wertschöpfungsketten modernisieren und Zukunftsbranchen fördern. Nur wenn Mittel und Prioritäten konsequent an den wirtschaftlichen Entwicklungszielen ausgerichtet werden, kann die GRW zu einem wirksamen Instrument der regionalen Transformation werden.

Fachkräftemangel entschlossen angehen: Arbeitskräfteangebot als zentrale Voraussetzung jeder Branchenentwicklung

Der demografische Wandel führt schon heute zu einer spürbaren Verengung des Arbeitsmarkts, insbesondere in Regionen mit schrumpfender Bevölkerung. Parallel steigt in vielen Branchen der Personalbedarf, insbesondere dort, wo Digitalisierung, Dekarbonisierung und Transformation neue Qualifikationsprofile erfordern. Branchen wie IKT, wissensintensive Dienstleistungen sowie Gesundheit und Soziales gehören zu den klaren Wachstumsfeldern der kommenden Jahre – doch dieses Wachstum kann nur realisiert werden, wenn genügend qualifizierte Fachkräfte bereitstehen.

Vor diesem Hintergrund ist Fachkräftesicherung weit mehr als eine arbeitsmarktpolitische Aufgabe; sie ist ein zentraler Standortfaktor und entscheidend für die regionale Entwicklung. Regionen, die es schaffen, Erwerbsbeteiligung zu erhöhen, Qualifikation zu stärken und Fachkräfte zu halten oder zu gewinnen, können strukturelle Veränderungen besser bewältigen und Wachstumspotenziale nutzen. Dazu gehört ein breites politisches Instrumentarium: Die inländischen Potenziale müssen konsequenter aktiviert werden, insbesondere

durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexible Arbeitszeitmodelle und Investitionen in Betreuung und Pflege. Die Berufsbildung muss modernisiert werden – mit einer Berufsorientierung, die junge Menschen früher erreicht, und Curricula, die digitale Kompetenzen, KI-gestützte Arbeitsweisen und Transformationswissen abbilden. Eine Ausbildung in den Mangelberufen muss attraktiver werden, um Nachwuchsprobleme zu reduzieren.

Zugleich bleibt qualifizierte Zuwanderung ein entscheidender Hebel. Anerkennungsverfahren und Visaprozesse müssen wesentlich schneller, digitaler und weniger bürokratisch werden, damit internationale Fachkräfte schneller in den Arbeitsmarkt eintreten können.

Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern: Transformation ermöglichen und Wettbewerbsfähigkeit stärken

Unternehmen stehen gleichzeitig unter dem Druck, zu digitalisieren, Prozesse zu dekarbonisieren und sich in einer unsicheren weltwirtschaftlichen Lage zu behaupten. Die aktuellen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden von vielen Unternehmen jedoch weiterhin kritisch bewertet. Unter anderem der „Mittelstandsmonitor 2025“ der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand, in dem neben dem BVR neun weitere mittelständische Verbände gemeinsame Perspektiven zur Wirtschaftspolitik vertreten, zeigt, dass Bürokratie, langsame Planungs- und Genehmigungsverfahren, hohe Energiepreise, unsichere steuerliche Rahmenbedingungen und steigende Lohnnebenkosten aufgrund zunehmender Sozialbeiträge die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands beeinträchtigen. Besonders belastend sind bei Infrastruktur- und Industrieprojekten lange Verfahrensdauern, fehlende digitale Verwaltungsprozesse und unklare Perspektiven hinsichtlich Energiepolitik und internationaler Handelsbeziehungen.

Damit Unternehmen die wirtschaftliche Transformation bewältigen können, muss die Politik deutlich stärker auf Beschleunigung und Entlastung setzen. Eine wirkungsvoll modernisierte Verwaltung ist hierfür Voraussetzung. Genehmigungsverfahren müssen effizienter gestaltet und digitalisiert werden. Der Einsatz moderner Technologien wie KI in Prüf- und Verwaltungsprozessen kann gerade im Infrastrukturbereich große Wirkung entfalten. Gleichzeitig brauchen Unternehmen entschlossene politische Signale für den Ausbau erneuerbarer Energien, die Planung verlässlicher CO₂-Preise und einen bezahlbaren Zugang zu Energie, um ihre Dekarbonisierungsstrategien sicher und wettbewerbsfähig umsetzen zu können. Ohne diese Planungssicherheit werden Zukunftsinvestitionen verschoben oder ganz unterlassen.

Digitalisierung ist ein zentraler Produktivitätstreiber. Der Ausbau digitaler Infrastrukturen – Glasfaser, 5G,

Cloud-Umgebungen – muss zügig vorangetrieben werden, und insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) benötigen Unterstützung bei der Implementierung moderner IT- und Sicherheitslösungen.

Gleichzeitig verändern sich globale Lieferketten spürbar. Unternehmen müssen stärker diversifizieren und Risiken breiter streuen. Die Politik kann dies unterstützen, indem sie Handelsabkommen vorantreibt, europäische Versorgungskapazitäten stärkt und strategische Technologien gezielt fördert. All diese Maßnahmen richten sich auf dasselbe Ziel: Unternehmen die Transformation nicht nur zuzumuten, sondern sie aktiv zu ermöglichen. Nur wenn Rahmenbedingungen verlässlich, investitionsfreundlich und innovationsorientiert sind, können deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen und regionale Entwicklungen langfristig stärken.

BVR Inflationsindikator

Inflationsdruck bleibt erhöht

Der BVR Inflationsindikator ist zuletzt zurückgegangen, bleibt aber weiterhin im positiven Bereich. Dies signalisiert anhaltenden Inflationsdruck im Euroraum. Gegenüber dem Vormonat ergibt sich ein Rückgang, der die erste Zinserhöhung der EZB seit 2022 widerspiegelt. Maßgeblich bleibt, dass die Kosten- und Erwartungskomponenten den Indikator antreiben, während von der Nachfrageseite weiterhin dämpfende Signale ausgehen

Kosten- und Erwartungskomponente weiter größte Treiber

Die Nachfragekomponente leistet derzeit weiterhin einen negativen Beitrag. Der Irankrieg hat zu einer Eintrübung der Stimmungs-, Lage- und Erwartungsindikatoren geführt. Auch die Beschäftigungserwartungen haben sich zuletzt etwas verschlechtert.

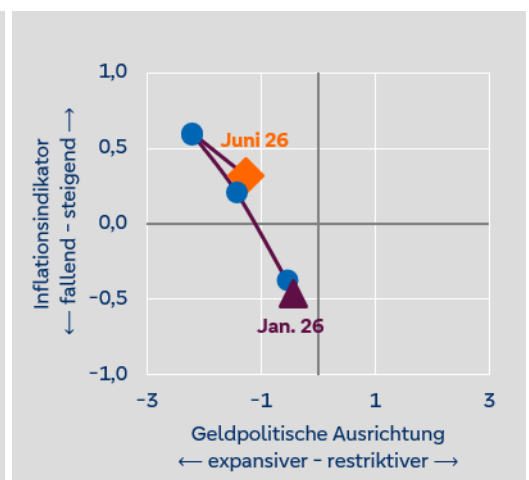
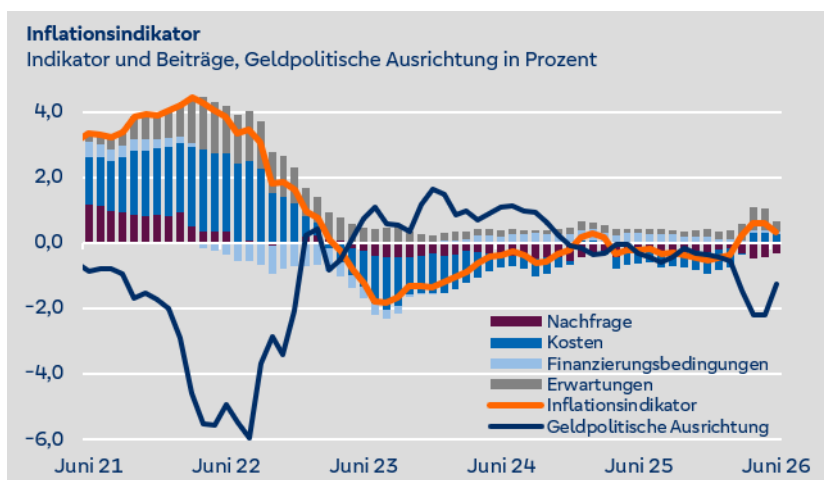
Die Kostenkomponente ist klar positiv. Dominierend bleibt der kräftige Anstieg der Energiepreise, der andere Einflüsse derzeit deutlich überlagert. Der Irankrieg wirkt dabei nicht nur über höhere Öl- und Gaspreise, sondern auch über gestiegene Unsicherheit in den globalen Lieferketten. Insbesondere Einschränkungen im Schiffsverkehr über die Straße von Hormus erhöhen den Preisdruck zusätzlich. Die Erzeugerpreise im Euroraum sind zuletzt wieder stärker gestiegen. Der Euro hat gegenüber dem US-Dollar zuletzt etwas abgewertet. Der effektive Wechselkurs bleibt jedoch weiterhin nahe seiner historischen Höchstständen. Frühindikatoren für die Lohnentwicklung im Euroraum deuten hingegen bislang noch nicht auf höheren Lohndruck hin.

Die marktimpliziten Inflationserwartungen sind seit Kriegsbeginn zwar deutlich gestiegen, gingen in den letzten Tagen aber wieder etwas zurück. Ebenso sind die Inflationserwartungen der Verbraucher im Euroraum erhöht. Unternehmensbefragungen deuten über alle Sektoren hinweg weiter auf steigende Verkaufspreiserwartungen hin. Damit bleibt die Erwartungskomponente ein wesentlicher Treiber des Inflationsindikators. Zugleich spricht der jüngste Anstieg der Gesamt- und Kerninflation dafür, dass sich der Preisdruck zuletzt wieder verbreitert hat.

Die Kreditvergabe im Euroraum legte zuletzt gut 3,5 % zu. Gleichzeitig sind die Finanzierungskosten seit Ausbruch des Irankriegs gestiegen. Der Renditeanstieg kurzlaufender Papiere ist weiterhin stärker ausgeprägt als der länger laufender.

Inflationserwartungen lockern reale Finanzierungsbedingungen

Der aktuelle erhöhte Inflationsindikator ist weiterhin primär auf den energiepreisgetriebenen Angebotschock zurückzuführen. Die geldpolitische Ausrichtung, gemessen am realen Zinsniveau, hat sich im Vergleich zum Vormonat etwas verschärft. Der Anstieg der Inflationserwartungen überlagert zwar weiterhin die nominale Verschärfung der Finanzierungsbedingungen, wodurch die realen kurzfristigen Zinsen niedriger als die langfristigen liegen. Die Zinserhöhung im Juni und eine weitere eingepreiste Zinserhöhung im September konnten die Inflationserwartungen zuletzt aber etwas beruhigen, worauf die restriktivere Ausrichtung zurückzuführen ist.



Der **BVR Inflationsindikator** misst den mittelfristigen Inflationsdruck im Euroraum. Ein Indikatorwert von Null entspricht einem Umfeld, das mit dem Inflationsziel der EZB von 2 % vereinbar ist. Werte oberhalb (unterhalb) von null signalisieren tendenziell zunehmenden (abnehmenden) Inflationsdruck. Der Indikator setzt sich aus den vier Komponenten Nachfrage, Kosten, Finanzierungsbedingungen und Erwartungen zusammen und bündelt mithilfe einer Principal-Component-Analyse die Informationen zahlreicher Einzelvariablen, etwa Industrieproduktion, Energiepreise, Zinsstruktur und Inflationserwartungen aus Swaps. Die **geldpolitische Ausrichtung** wird über die Differenz zwischen einem kurzfristigen und einem längerfristigen Realzins approximiert, wobei Letzterer als Orientierung für ein neutrales Zinsniveau dient.

Quelle: BVR, LSEG Workspace/Datastream

BVR Konjunkturbarometer

Barometer bei mittleren 55 Punkten

Die konjunkturellen Aussichten bleiben angesichts des anhaltenden Irankriegs gedämpft. Der Konflikt belastet die deutsche und die internationale Wirtschaft vor allem durch höhere Rohöl- und Gaspreise, zunehmende Lieferkettenprobleme und erhöhte Unsicherheiten.

Diese Belastungsfaktoren spiegeln sich auch im BVR Konjunkturbarometer wider. Nach aktuellem Datenstand hat sich das Barometer im Mai etwas aufgehellt und ist von niedrigen 36 Punkten im April auf (leicht aufwärtsrevidierte) 45 Punkte gestiegen. Für Juni ist nach derzeitigem Stand mit einem neuerlichen leichten Anstieg auf 55 Punkte zu rechnen. Damit befindet sich das Barometer aber weiter im Bereich einer nur mäßigen gesamtwirtschaftlichen Dynamik, in dem weder eine kräftige Expansion noch ein deutlicher Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erwarten ist.

Etwas mehr offene Stellen

Grund für den leichten Anstieg des Barometers im Mai ist seine Arbeitsmarktkomponente. So tendiert die Zahl der offenen Stellen in Deutschland, ausgehend von einem im Oktober 2025 mit 614.000 erreichten lokalen Tiefstand, seit einigen Monaten wieder leicht nach oben. Zuletzt, im Mai, übertraf sie mit 643.000 erstmals seit November 2022 wieder ihren Vorjahresmonatswert. Daher geht nun eine leichte Steigerungswirkung von der Arbeitsmarktkomponente auf das BVR Konjunkturbarometer aus. Dies sollte aber nicht überinterpretiert werden. Angesichts der andauernden Konjunkturflaute

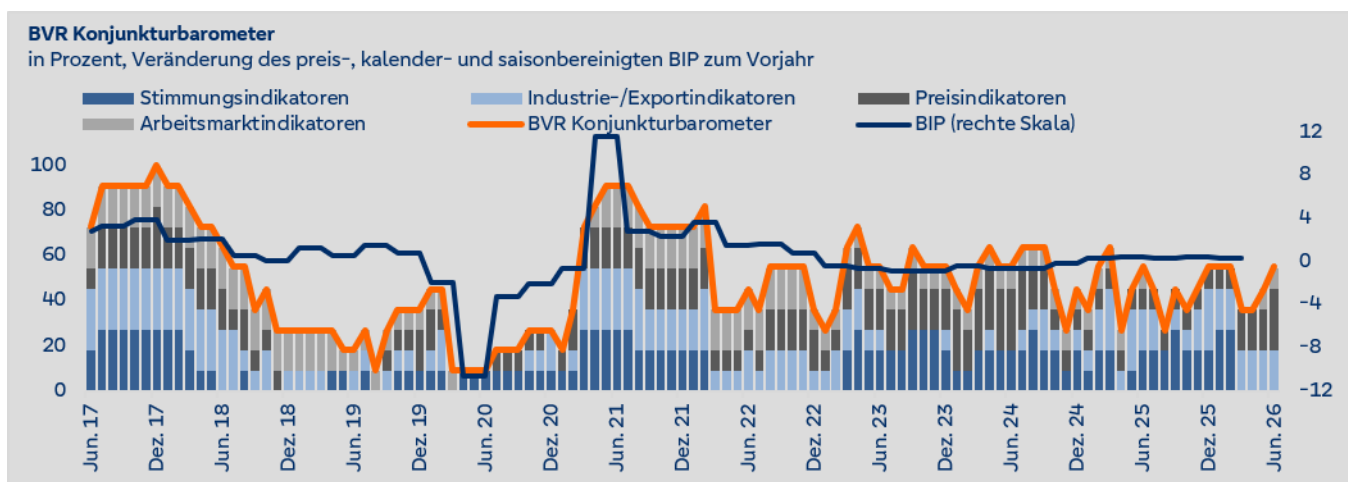
und den fortbestehenden inländischen Strukturschwächen befindet sich der Arbeitsmarkt weiter in einer verhaltenen Lage.

Industrie-, Export- und Preisindikatoren teilweise im Plus

Maßgeblich für den sich abzeichnenden weiteren Anstieg des Barometers im Juni ist der Geldmarktzins, der erstmals seit September 2024 seinen Vorjahresmonatswert übertraf. Somit wirken nunmehr alle Indikatoren der Preiskomponente steigernd auf das Barometer. Auch die hier betrachteten Industrie-/Exportindikatoren wirken teilweise erhöhend auf das BVR Konjunkturbarometer. So übertrafen der Industrie-Auftragseingang und die Wareneinfuhren Deutschlands im April erneut ihre Werte aus dem Vorjahresmonat.

Stimmungssinkflug vorerst gestoppt

Von den Stimmungsindikatoren geht hingegen noch immer eine dämpfende Wirkung auf das BVR Konjunkturbarometer aus. Nach den Rückgängen der Vormonate haben sich das ifo Geschäftsklima, die ZEW-Konjunkturerwartungen und das Verbrauchervertrauen im Mai zwar auf niedrigen Niveaus stabilisiert. Sie befinden sich aber nach wie vor unter ihren Vorjahresmonatsständen. Die Stimmungsindikatoren spiegeln damit die unvermindert hohen Unsicherheiten über die weitere Entwicklung im Irankrieg wider. Hier schwankt die Nachrichtenlage täglich. Insofern ist es unsicher, inwieweit sich die Aufhellung der Indikatoren vom Mai im Juni fortsetzen wird.



Das BVR Konjunkturbarometer ist ein Indikator für die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands und kann Werte zwischen null und 100 annehmen. Es verdichtet die Signale von 3 Stimmungsindekatoren (ifo Geschäftsklima, ZEW-Konjunkturerwartungen, Verbrauchervertrauen), 3 Industrie-/Exportindikatoren (Industrie-Auftragseingang, Industrieproduktion, Ausfuhren), 3 Preisindikatoren (DAX, Geldmarktzins, Rohölpreis) und 2 Arbeitsmarktindikatoren (Erwerbstätige, Offene Stellen). Als Diffusionsindex misst das BVR Konjunkturbarometer den prozentualen Anteil der Indikatoren an allen 11 einbezogenen Indikatoren, die gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen sind. Liegen für einen Indikator aktuell noch keine Werte vor, wird das Signal des Vormonats verwendet.

Quelle: BVR, LSEG Workspace/Datastream

**Bundesverband
der Deutschen
Volksbanken und
Raiffeisenbanken**

Schellingstr. 4
10785 Berlin

Ansprechpartner
Dr. Andreas Bley

Abteilung Volkswirtschaft/Mittelstandspolitik
Telefon: (030) 2021-1500

E-Mail: volkswirtschaft@bvr.de
Internet: www.bvr.de